Stadt Köln

Der Oberbürgermeister

Dezernat, Dienststelle
V/V/2

Vorlagen-Nummer
4436/2012

Freigabedatum
06.12.2012

Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

Betreff

Resolution: Der Rat der Stadt Köln fordert ein deutliches Signal der Bundesregierung:

Beschlussorgan

Rat

Gremium	Datum
Rat	18.12.2012

Beschluss:

Der Rat schließt sich dem Beschluss des Integrationsrates vom 26.11.2012 (gemäß Anlage) an.

Alternative:

Der Rat nimmt den Beschluss des Integrationsrates zur Kenntnis.

Haushaltsmäßige Auswirkungen

☒ **Nein**

☐ **Ja, investiv** Investitionsauszahlungen _____€

Zuwendungen/Zuschüsse ☐ Nein ☐ Ja _____ __%

☐ **Ja, ergebniswirksam** Aufwendungen für die Maßnahme _____€

Zuwendungen/Zuschüsse ☐ Nein ☐ Ja _____ __%

Jährliche Folgeaufwendungen (ergebniswirksam): ab Haushaltsjahr:

a) Personalaufwendungen _____€

b) Sachaufwendungen etc. _____€

c) bilanzielle Abschreibungen _____€

Jährliche Folgeerträge (ergebniswirksam): ab Haushaltsjahr:

a) Erträge _____€

b) Erträge aus der Auflösung Sonderposten _____€

Einsparungen: ab Haushaltsjahr:

a) Personalaufwendungen _____€

b) Sachaufwendungen etc. _____€

Beginn, Dauer _____

Begründung

Der Integrationsrat hat in seiner 22. Sitzung am 26.11.2012 unter Tagesordnungspunkt 5.2 ‚Resolution: Integrationsrat Köln fordert ein deutliches Signal der Bundesregierung' mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltung die im Beschlussvorschlag dargestellte Resolution gefasst und den Rast gebeten, sich dieser Resolution anzuschließen.

Diesen Beschluss des Integrationsrates leitet der Oberbürgermeister nach § 27 Absatz 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein Westfalen dem Rat zu.
Die Kompetenzen des Integrationsrates ergeben sich aus § 27 Absatz 8, 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein Westfalen und sind in § 22 Absatz 6 der Hauptsatzung der Stadt Köln konkretisiert.

Anlagen:
Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Integrationsrates am 26.11.2012